

Pressemitteilung

Osnabrück, 15.12.2020

Keine Diskussion im Fachausschuss? Keine Zustimmung!

Zum Vorgehen von Verwaltung und den großen Fraktionen im Rat, Entscheidungen über neue Baugebiete u.ä. nicht im Fachausschuss zu treffen, sondern kurzfristig auf die RatsTO zu bringen, betont Fraktionsvorsitzende Giesela Brandes–Steggewentz:

„Diese Vorgehensweise lehnen wir entschieden ab und kritisieren sie aufs Schärfste! Das jetzt in der Ratssitzung insgesamt vier Stadtentwicklungsvorhaben auf der Tagesordnung stehen, ohne dass wir diese nur einmal im Stadtentwicklung- und Umweltausschuss gesehen haben ist eine Frechheit.

Dabei handelt es sich um die Erschließungsstraße Wissenschaftspark, den Ausbau der Johannistraße, die Erschließung des Baugebiets „Südlich am Heger Holz“ und die Beschlussvorlage zur Entwicklung von Bauerwartungsland südlich der Knollstraße. Alle vier Projekte sind große Stadtentwicklungsprojekte, mit weitreichenden Folgen für die Stadt und das Stadtklima.

Es kann nicht sein, dass die Fraktionen von CDU und SPD gemeinsam mit der Verwaltungsspitze in Vorstandsmeetings der WiO, oder ähnlichen nicht-öffentlichen Gremien, Entscheidungen treffen, die dann im Schnellverfahren ohne Beteiligung der Fachausschüsse und den kleineren Fraktionen, durchgestimmt werden sollen. Dieses Vorgehen lehnen wir entschieden ab und fordern die entsprechenden Herren auf, dieses Verhalten umgehend einzustellen und zu einem fairen Miteinander zurückzukehren. So machen wir nicht mit!

Dass es dabei dann auch noch um das stadtklimapolitisch so wichtige Gebiet der Eiswiesen geht, macht es noch schlimmer. Vor allem da in diesem Gebiet, mit dem geplanten Neubau des VfL Leistungszentrums, noch ein weiteres Großprojekt geplant ist. Der Bereich der Eiswiesen versorgt die Innenstadt mit Frischluft. Hier einzugreifen, ohne eine ausreichende Diskussion über die Faktenlage und ein sorgfältiges Abwägen der Entscheidung, ist klimapolitischer Irrsinn.“

Leerstand darf nicht belohnt werden!

Zum „Förderprogramm für zukunftsorientierte Wohnraumnutzung und Modellprojekte“ stellt Heidi Reichinek klar:

„Das Förderprogramm ist grundsätzlich begrüßenswert. Allerdings findet sich dort auch ein Passus zur Leerstandsreaktivierung, der eine Prämie von 500 € pro Wohneinheit vorsieht.

Wir erinnern uns in diesem Zuge an unseren Antrag zur Zweckentfremdungssatzung aus dem Jahr 2019. Diese Satzung würde es ermöglichen Eigentümer*innen, die Wohneinheiten für einen anderen Zweck als Wohnen nutzen, zu sanktionieren. Es wäre also ein gutes Instrument um gegen Leerstände, aber auch gewerbsmäßige touristische Nutzung von Wohnungen (AirBnB o.Ä.) vorzugehen. Die Verwaltung begründete ihre ablehnende Haltung seinerzeit damit, dass es in Osnabrück kaum Leerstand von Wohnraum gibt.

Na was denn nun? Für unsere Fraktion ist klar, dass wir Eigentümer*innen, die ihre Wohnungen seit Jahren leerstehen lassen, obwohl es einen großen Mangel an Wohnungen in unserer Stadt gibt, nicht mit einer Prämie belohnen! Es braucht viel mehr endlich Rechtsgrundlagen, wie die Zweckentfremdungssatzung, um das Angebot von Wohnraum in unserer Stadt effektiver zu schützen.“